



# Unterstützung für Initiative: Arbeitszeitverkürzung jetzt

**Lebens- und Arbeitsbedingungen mit entscheidendem Einfluss auf Lebenserwartung**

**Mit Blick auf die jüngsten Diskussionen zur Lebenserwartung der Bundesbürger sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Zusammenhang von sozialem Status und Lebenserwartung sagte die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld: „Eine neue Erkenntnis ist das nicht. Lebens- und Arbeitsbedingungen haben entscheidenden Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung.“**

„Geringes Einkommen, schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit, ständige Erreichbarkeit, Arbeit ohne Ende und Pausen, psychische Belastungen und schlechte Arbeitsatmosphäre im Unternehmen haben weitreichende Auswirkungen. Dabei ist in Suhl und Eisenach die Lebenserwartung im Vergleich zu westlichen Städten und Regionen besonders gering“, so die Abgeordnete weiter. Politik stehe in der Verantwortung, „Armut trotz Arbeit zu verhindern, prekäre Beschäftigung abzubauen, Arbeits- und Gesundheitsschutz gut miteinander zu verbinden, auf die bessere Vereinbarkeit von Arbeitsbedingungen und familiären Verpflichtungen hinzuwirken und generell die Arbeitszeit zu verringern. Das sind wichtige Voraussetzungen für gute Arbeit und gutes Leben.“

Ina Leukefeld unterstützt grundsätzlich die Initiative „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“. Im Kern geht es dabei um die schrittweise Einführung einer 30-

Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn für untere und mittlere Einkommen. Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sei die kurze Vollzeit von 30 Stunden ohne Arbeitsverdichtung tatsächlich möglich und auch finanzierbar. „Es ist an der Zeit, diese Überlegungen durch Stärkung der Gewerkschaften, selbstbewusste Arbeitnehmer und eine höhere Tarifbindung in die öffentliche Debatte zu bringen“, betonte die Arbeitspolitikerin.

**Je niedriger der soziale Status, desto höher das Krankheitsrisiko**

Zur Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage der stellvertretenden Vorsitzenden und arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Sabine Zimmermann, zum Zusammenhang von sozialem Status und Lebenserwartung vom 11. März 2016:

Kernaussagen: Laut aktueller Gesundheitsberichterstattung des Bundes beträgt die Differenz in der Lebenserwartung zwischen der niedrigsten und der höchsten von fünf Einkommensgruppen bei Frauen 8,4 Jahre und bei Männern 10,8 Jahre. Die Lebenserwartung besonders von Männern liegt in struktur- und einkommensschwachen Regionen wie weiten Teilen der neuen Bundesländer und Teilen des Ruhrgebiets, des Saarlandes und Frankens statistisch signifikant unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Unterschiede in der Le-

benserwartung sind auf unterschiedliche Risikofaktoren wie Bildung und Gesundheitsverhalten sowie Arbeits- und Lebensbedingungen zurückzuführen.

Bei vielen Krankheiten und Beschwerden, die aus den genannten Risikofaktoren resultieren, bestehen ebenfalls soziale Unterschiede mit einem höheren Anteil der unteren Statusgruppen. Die Fragestellerin wie die antwortende Bundesregierung bezogen sich auf die aktuelle Gesundheitsberichterstattung des Bundes („Gesundheit in Deutschland“), die vom Robert-Koch-Institut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt erstellt wird.

Darin heißt es weitergehend: „Für eine Vielzahl chronischer Krankheiten gilt: Je niedriger der soziale Status, desto höher ist das Erkrankungsrisiko. Zu diesen Krankheiten zählen Herzinfarkt und Schlaganfall, bestimmte Krebsarten wie Lungen- und Magenkrebs, Stoffwechselstörungen wie Diabetes mellitus sowie degenerative Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems. (...) Das höhere Krankheitsrisiko und die häufigeren Gesundheitsprobleme spiegeln sich letztlich in einer erhöhten vorzeitigen Sterblichkeit sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen.“

Weitere themenrelevante Informationen enthält außerdem die Ausgabe 02/2016 des Bundesgesundheitsblattes, die den Titel „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ trägt.

[www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de](http://www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de)

## KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

### Rückwärtsgewandt

*Das, was die CDU-Opposition im Landtag bislang an Vorschlägen zur Verwaltungsreform in Thüringen auf den Tisch gelegt hat, ist das Papier nicht wert, auf dem es aufgeschrieben wurde. Die Vorschläge sind rückwärtsgewandt und praxisfern. Dabei vor allem auch die Idee, das Landesverwaltungsamt durch Aufgabenübernahme aus Kommunen und Ministerien zu einer zentralen Bündelungsbehörde auszubauen.*

*Dem Thüringer Landesverwaltungsamt noch mehr Aufgaben zuzuordnen, ist der völlig falsche Weg, denn das würde zu einem weiteren Demokratieverlust führen. Es muss vielmehr um den Abbau von Doppelstrukturen auf Landes- und Kommunalebene und eine damit einhergehende Stärkung der Kommunen gehen. Der von der rot-rot-grünen Regierungskoalition im Leitbild skizzierte Weg weist deshalb in die richtige Richtung.*

*Wir wollen uns grundsätzlich einem zweistufigen Aufbau der Landesverwaltung hinwenden. Dabei soll die Gemeinde- und Kreisebene umfassend und nachhaltig durch eine weitgehende Verlagerung von staatlichen Aufgaben auf die kommunale Ebene gestärkt werden. Die CDU will ganz offensichtlich die Kommunen dauerhaft in Abhängigkeit vom Land halten. Mit dem Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ setzt die Regierungskoalition hingegen auf selbstbewusste und eigenverantwortlich agierende Kommunen.*

*Auch die immer wieder wie eine Monstranz von der CDU als vermeintliches Allheilmittel vor sich hergetragene „interkommunale Zusammenarbeit“ hat sich in den letzten Jahren in den jetzigen Strukturen als nicht zielführend herausgestellt. In den Jahren 2013 und 2014 sind von den dafür von der alten Landesregierung bereitgestellten Fördermitteln in Höhe von einer Million Euro gerade einmal 80.000 Euro für zwei Projekte in Anspruch genommen worden. Die gemeindlichen Strukturen sind schlicht nicht leistungsfähig, um im großen Umfang interkommunale Zusammenarbeit zu betreiben.*

*Ich fordere die CDU auf, endlich ihre Arbeit zu machen und ein zukunftsfähiges Konzept für die Verwaltungsstrukturen im Freistaat auf den Tisch zu legen. Das ist das Mindeste, was man von der größten Oppositionsfraktion im Landtag erwarten kann.*

## AKTUELL

### EU-Türkei-Deal mit verheerenden Folgen

**Angesichts der jetzt begonnenen Abschiebungen von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei und mit Blick auf die Abschiebep Praxis durch die Türkei selbst, warnte MdL Sabine Berninger „vor einem Rechtsbruch, an dem sich die EU nicht beteiligen darf“.**

Der Deal zwischen EU und Türkei zeige sein flüchtlingsfeindliches Gesicht: „Anstatt den Menschen in Griechenland und an der türkisch-syrischen Grenze zu helfen, schiebt die Türkei massenhaft Menschen in Kriegsgebiete ab. Dies ist ein klarer Verstoß gegen internationales Recht.“ Nach Berichten von Amnesty International und Pro Asyl schiebt die Türkei seit dem 19. März fast täglich hunderte syrische und afghanische Flüchtlinge an ihrer Südgrenze in die

Kriegsgebiete nach Syrien und Afghanistan ab. „Das zeigt, dass die Türkei kein Staat ist, in den die EU Flüchtlinge zurückschicken darf. Die Menschen sind dort nicht sicher!“, unterstreicht die LINKE-Politikerin. Gleichzeitig sei Griechenland mit der Situation der Flüchtlinge vollkommen überfordert.

Aus Protest gegen die inzwischen haftähnlichen Zustände in den sogenannten „Hotspot-Lagern“ der EU haben das UNHCR und die Organisation Ärzte ohne Grenzen am 22. und 23. März ihre Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden aufgekündigt. Darüber hinaus finden die versprochenen beschleunigten Asylverfahren auf Grund mangelnder Infrastruktur in Griechenland auf absehbare Zeit nicht statt. Die Massenabschiebungen von Flüchtlingen aus Griechenland in die

Türkei „sind rechtswidrig und die Bundesregierung ist dringend aufgefordert, gemeinsam mit der EU nach neuen Lösungen zu suchen“.

Sabine Berninger verwies nochmals auf den Vorschlag des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zur Aufnahme von sich derzeit in Griechenland aufhaltenden Flüchtlingen. „Dies ist ein realistischer und gangbarer Weg, den die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern aktiv aufgreifen kann, um eine humane und an Menschenrechten orientierte Flüchtlingspolitik zu gestalten.“ Mit einem Thüringer Sonderweg oder gar Profilierungsbestrebungen habe dieser Vorschlag nichts gemein, wies die Flüchtlingspolitikerin die Behauptungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schneider scharf zurück.